

P/AVIII/92

Bonn, den 15. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1	<u>Auch das geht in die Geschichte ein!</u>	42
Sieben regierungsamtliche BULLETIN-Seiten für die Sozialdemokratie		
2	<u>"Wissenschaftsförderung"</u>	23
Eine beträchtliche Lücke ist noch auszufüllen		
2	<u>"Besucht Sanssouci!"</u>	20
Makabre Fremdenverkehrswerbung für Pankow		
3	<u>"Auf den Kopf der Bevölkerung ..."</u>	46
Aus dem Statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden		
4	<u>Alarm im Weltparlament der Ärzte</u>	42
<u>"Der Mensch ist ständig von neuen Gefahren bedroht"</u> Von Bruno Kuster, Genf		
5 - 6	<u>Nichteinmischung - wie sie Moskau versteht</u>	70
Finnlands Sozialdemokraten wieder im Schussfeld Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten		

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auch das geht in die Geschichte ein !

Sieben regierungsamtliche BULLETIN-Seiten für die Sozialdemokratie

sp - Die deutsche Sozialdemokratie hatte in den Jahren seit der Gründung der Bundesrepublik selten Grund, mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im allgemeinen und mit dem offiziellen BULLETIN im besonderen zufrieden zu sein. Im Gegenteil, oft genug mußte die SPD in aller Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß es nicht Aufgabe von Regierungsorganen sein könne, Parteipolitik zu machen. Hinsichtlich des BULLETIN, das auch über die Debatten im Parlament berichtet, mußte immer wieder gesagt werden, daß der Bundestag aus den Regierungsparteien und der Opposition besteht.

Heute darf jedoch einmal festgestellt werden, daß für die Sozialdemokratie das Eis nicht nur in allen Teilen der Bundesrepublik - auch in den Hochburgen der CDU/CSU - gebrochen zu sein scheint, sondern sogar in gewissen Spitzpositionen der Bundeshauptstadt. Es ist durchaus aner kennenswert, wie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im BULLETIN Nr. 84 vom 14. Mai 1963 des 100jährigen Bestehens der deutschen Sozialdemokratie gedenkt. Auf der ersten Seite unter der Überschrift "Stärkung demokratischer Regierungs- und Lebensform" gibt das BULLETIN die Grußadresse des Bundespräsidenten und die Glückwünsche des Bundeskanzlers im vollen Wortlaut wieder, also auch jenen Satz aus dem Schreiben von Dr. Konrad Adenauer, in dem dieser der SPD sagt: "Ihre Verdienste um die freiheitlichen demokratischen Aufbau unseres Vaterlandes können von niemandem geschmälert werden".

Auf den folgenden sechs Seiten berichtet das BULLETIN über die zentrale Feierstunde in Hannover und gibt dabei die große Festrede von Bundestagsvizepräsident Professor Dr. Carlo Schmid ebenfalls im Wortlaut wieder.

In einem kurzen Vorwort wird diese keineswegs alltägliche Haltung des Bundespresse- und Informationsamtes so begründet:

- \* "Wenn nachstehend die Festrede Prof. Carlo Schmid, die er
- \* in Hannover gehalten hat, wiedergegeben wird, dann soll
- \* das ein Zeichen dafür sein, daß auch die Bundesregierung
- \* im Geiste einer gefestigten Demokratie und echten Toleranz
- \* ganz an dem 100jährigen Jubiläum der Sozialdemokratischen
- \* Partei Deutschlands mit aufrichtigen Glückwünschen für
- \* Gegenwart und Zukunft teilnimmt."

So selbstverständlich diese Haltung des BULLETIN eigentlich sein sollte, registrieren wir sie doch mit der gebührenden Aufmerksamkeit.

Es bleibt nur zu hoffen, daß dieser Stilwandel über die Tage des sozialdemokratischen Jubiläums hinaus anhalte, daß die Verketzerung der ältesten und größten deutschen Mitgliederpartei ein und für alle Mal der Vergangenheit angehört, zumal für sachliche Auseinandersetzungen auch in Zukunft noch ausreichend Gelegenheit sein wird.

15. Mai 1963

"Wissenschaftsförderung"

Eine beträchtliche Lücke ist noch auszufüllen

sdn - Seit dreizehn Jahren ist der Stifterverband bemüht, die Unternehmen für die zweckfreie Wissenschaftsförderung zu gewinnen. Rund 200 Millionen DM gab in dieser Zeit die Wirtschaft über den Stifterverband an die Wissenschaft; im letzten Jahr waren es erstmals über 20 Millionen DM freie Spenden. Für betriebseigene Forschungs- und Entwicklungsaufgaben dagegen wenden die Unternehmen jährlich 1,6 Milliarden DM auf. Zweifellos ein etwas ungleiches Verhältnis, das noch gravierender wird, wenn man erfährt, daß von den 40.000 deutschen Kapitalgesellschaften bisher nur 670 den Aufrufen der Wirtschaftsverbände gefolgt sind und ein Prozent ihres Gewinns an den Stifterverband abführen. - Es ist die Frage, ob die Wissenschaftsförderung nur auf die Unternehmen begrenzt oder ob nicht die gesamte Bevölkerung hierzu aufgegriffen werden soll. Die Bildungsreserven und damit auch die kommenden Nachwuchskräfte für die mittleren und oberen Positionen liegen schließlich in der Gesamtbevölkerung. - In den maßgeblichen Spitzengremien der Wissenschaft - z.B. Wissenschaftsrat, Forschungsgemeinschaft - sind die Unternehmer vertreten, die Arbeitnehmerschaft wurde bisher aber noch nicht berücksichtigt. Der "neue Stil" von Dr. Paulsen könnte sich wohl in der Wissenschaftsförderung am ehesten als konstruktiv erweisen. Hier geht es ja nicht um Lohnforderungen, sondern letzten Endes - und das wissen die Arbeitnehmer sehr gut - um das entscheidende Bemühen, durch den wissenschaftlichen Fortschritt den Arbeitsplatz, die Produktionsleistung und die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

+ + +

"Besucht Sanssouci!"

Makabre Fremdenverkehrswerbung für Pankow

sp - In Paris und anderen westeuropäischen Städten kann man Plakate sehen, mit denen für den Fremdenverkehr in Richtung Pankow geworben wird. "Besucht Sanssouci" ist das Kennwort der meisten dieser Plakate. Franzosen, Belgier, Holländer, Luxemburger und Italiener werden aufgefordert, ihre Sommerferien "für 21.-- Mark pro Tag mit Pension" in der Sächsischen Schweiz, an der Ostsee, mit dem Besuch der Meissener Porzellanmanufaktur "in der Heimat von Goethe und Schiller" zu verbringen. Geschickt wird bei dieser Werbung verschwiegen - man spekuliert auf die Unkenntnis - daß hier für Pankow geworben wird; man unterzeichnete die Plakate einfach mit "Deutsche Fremdenverkehrswerbung, Berlin". - Das ist eine makabre Geschichte. Wer weiß schon in Paris oder Rom so genau, daß die Bürger Westberlins nicht Sanssouci besuchen dürfen, daß ein Deutscher aus der Bundesrepublik nur mit größten Schwierigkeiten in das Deutschland jenseits der Mauer und der Zonengrenze reisen darf? Mit der Fremdenwerbung für die "DDR" im befreundeten Europa fängt es an. Scheinbar offen und doch getarnt wird hier für das zweite Deutschland Reklame gemacht, werden die "Devisen der Kapitalisten" in die leeren Kassen Pankows geleitet. Davon, daß in diesem Teil Deutschlands die politischen Gegner Ulbricht in Konzentrationslagern und Zuchthäusern sitzen, steht nichts auf den Werbeplakaten.

+ + +

"Auf den Kopf der Bevölkerung ..."

Aus dem Statistischen Jahrbuch deutscher Gemeinden

Nach einem Kriege pflegen sich Politiker, Historiker und Generäle darüber zu streiten, wer ihn verloren habe. Nach dem zweiten Weltkrieg ist bis heute nur eines ganz sicher, nämlich, daß die Statistik den Krieg gewonnen hat. Zu keiner Zeit ist die Statistik ein so begehrtes Instrument für Verwaltung und Politik geworden, wie insbesondere in Deutschland als Grundlage des Wiederaufbaus und der Planungen für die Zukunft. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Statistik beliebter geworden sei. Dem einen macht sie sich durch harte Wahrheiten unbeliebt, den anderen ärgert sie durch ihre Sprödigkeit (sie ist nun einmal schwer zugänglich), alle seufzen über das von ihr rücksichtslos geschwungene Kriegsbeil des Fragebogens, und am schlimmsten ergeht es dem armen Erbenbürger, dem ihre Ergebnisse auf den Kopf fallen.

Was alles fällt so auf den schütterten Kopf der Bevölkerung. Eine kleine Blütenlese nach dem Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, 1962) ergibt, daß im Jahre 1961 auf besagten Kopf der Bevölkerung (ohne Berlin rund 54 Millionen Einwohner) fielen (runde Zahlen): 4 Zentner gebrannter Kalk, 14 Dachziegel, 26 Pfund Chlor, 70 Pfund Düngemittel, 2 Pfund Klebstoff, 3 Pfund Marmelade, 300 Liter Milch, 115 Eier und 4 Pfund Seife. Natürlich bezahlt das der Steuerzahler, auf den zu alledem noch 1.482 DM Steuern (1962) fallen. Der Staat vernascht hiervon 1.286 DM, während sich die Gemeinden mit 196 DM schlecht und recht durchhungern.

Nach diesem pessimistischen statistischen Weltbild sollten aber die freundlicheren Seiten des Lebens, die die Statistik aufzeigt, verschönlich stimmen. Das Statistische Jahrbuch Deutscher Gemeinden, herausgegeben vom Deutschen Städtetag, das jetzt mit seinem 50. Jahrgang ein bemerkenswertes Jubiläum feiert, belehrt uns darüber, daß die Industrie in den Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern einen Jahresumsatz von 6.929 DM (1961) erzielte. Es werden auf den Kopf der Bevölkerung 1421 kWh Strom für den Verbrauch abgegeben, 128cbm Gas, 84 cbm Wasser. Wenn auch auf den armen geschlagenen Kopf der Bevölkerung in diesen Städten nochmals 1 m Bahngleise usw. des Nahverkehrsnetzes fallen; er hält es gerne aus, weil er dafür 44 km Fahrleistungen beanspruchen kann. Das kostet natürlich eine Kleinigkeit. Wenn man aber bedenkt, daß die Gesamtausgaben der kreisfreien Städte (ohne die Stadtstaaten) sich im Jahre 1961 allein nach den Voranschlägen der (ordentlichen) Haushalte auf 600 DM je Kopf der Bevölkerung beliefen und daß die nach dem Krieg erforderlich gewesenen Neubauten für Schulen, Krankenhäuser und andere Einrichtungen einen Schuldenstand von 409 DM je Kopf verursachten (berechnet für die Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern nach dem Stand vom 31. Dezember 1961), so wird der Einwohner nicht seinen Kopf schütteln, wenn er zur Finanzierung der Leistungen seiner Gemeinde herangezogen wird. Hat er doch immer noch (im Jahre 1961) 331 DM in die Sparbüchse tun können.

Alarm im Weltparlament der Ärzte

"Der Mensch ist ständig von neuen Gefahren bedroht"

Von Bruno Kuster, Genf

Große Gefahren liegen in der chemischen Vergiftung der eingeatmeten Luft, des Trinkwassers und der Nahrungsmittel, erklärte Generalsekretär Dr. M.G. Candau vor dem 16. Jahreskongress der Weltgesundheitsorganisation. "Es genügt, in diesem Zusammenhang an die jüngste Katastrophe mit dem Thallidomid und an die Probleme zu erinnern, die durch die Industrieabfälle und die Schädlingsbekämpfungsmittel aufgeworfen werden." Und vor diesem Weltparlament der medizinischen Wissenschaft fuhr er schonungslos fort:

"Wir wissen so gut wie nichts"

Über die Wirkung dieser Substanzen auf den Körper und die Erbschaften. Es sei deshalb dringlich, der Erforschung der Giftwirkung und des Einflusses chemischer Erzeugnisse auf die Erbanlagen absolute Priorität einzuräumen. "Wir müssen die möglichen schädlichen Folgen der neuen biologischen Medikamente und Erzeugnisse, die Jahr für Jahr Millionen Menschen in der ganzen Welt verabreicht werden, überwachen." Diese nur zu selbstverständliche Forderung kommt aber dem Geständnis gleich, daß es bis heute eine solche Kontrolle eben nicht gibt!

Candau regt in diesem Zusammenhang die Schaffung eines mit elektronischen Registrier- und Speicherapparaten ausgerüsteten Verbindungs- und Informationszentrums an, das über die medizinische Forschung in der ganzen Welt Auskunft zu geben hätte. Aber auch auf dem Gebiet der medizinischen Grundlagenforschung stehen die Dinge nicht besser. Wir haben noch nicht einmal damit begonnen, die gewaltigen Fortschritte der Mathematik und der Physik für "ein wirklich wissenschaftliches Studium" der Krankheiten auszunützen. Wir sind in der Verbindung dieser Disziplinen mit der Biologie und den Sozialwissenschaften noch kaum vorangekommen, obwohl diese Verbindung unerlässlich ist, um auf nationaler und internationaler Ebene leistungsfähige Gesundheitsdienste aufzubauen oder die Probleme des Alterns, der Fortpflanzung und der geistigen Gesundheit zu untersuchen.

Vorwürfe der kommenden Generationen

Candau hält deshalb den Augenblick für gekommen, eine radikale Überprüfung aller Gesundheitsprobleme vorzunehmen, die für die ganze Welt von lebenswichtiger Bedeutung sind und kaum im nationalen Rahmen gelöst werden können. Wir müssen entschlossen in dieser Richtung vorgehen, "damit uns die heutigen und die kommenden Generationen nicht vorwerfen können, es nicht getan zu haben."

Diese Feststellungen eines Mannes, der seit mehr als einem Jahrzehnt im Dienste der Weltgesundheitsorganisation Gelegenheit hatte, nicht nur weltverändernde Triumphe der Medizin mitzerleben, sondern auch das erschreckende Ungenügen der bisherigen Anstrengungen zu ermessen, wirken als beinahe verzweifelter Alarmruf, doch endlich der Sorge um das körperliche und geistige Wohlergehen des Menschen den ersten Platz einzuräumen. Die Gesundheit ist ständig von neuen Feinden bedroht, zu dessen Schutz weniger getan wird als für die Vorbereitung von Vernichtungswaffen.

## Nichteinmischung - wie sie Moskau versteht

Finlands Sozialdemokraten wieder im Schussfeld  
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Interessante Unterrichtsstunde in politischer Gegenwartskunde - oder aufschlußreiches Beispiel der Nichteinmischung - so könnte man einen Bericht nennen, der von der sowjetischen Zeitschrift "Weltwirtschaft und internationale Beziehungen" veröffentlicht wurde. Der Verfasser, J. Iljunskij legt in aller Offenheit dar, daß die vielumsprochene Note der sowjetischen Regierung an Finnland im Herbst 1961, die eine innenpolitische Krise auslöste, einzig und allein das Ziel hatte, Urho Kekkonen bei den finnischen Präsidentenwahlen zu unterstützen und seinen Gegenkandidaten zum Rücktritt zu zwingen.

Die sowjetische Note wurde damals auch von offiziellen Protestnoten an die dänische Regierung wegen ihrer Zugehörigkeit zur NATO ergänzt. Zusammen ergaben die russischen Noten ein Bild falscher Furcht und Angst Moskaus, Finnland steuere einen gefährlichen aussen- und militärpolitischen Kurs an. Auch gegen "militärische Kreise" in Schweden wurden Beschuldigungen erhoben. Die nordischen Länder wurden mit politischem Trommelfeuer bombardiert. Präsident Kekkonen sah sich gezwungen, nach Novosibirsk zu reisen und Nikita Chruschtschow zu "cesänftigen", nachdem der Krenl angedroht hatte, falls Finnland keine "Garantien" gäbe, sähe Moskau sich genötigt, die militärischen Beistandsklauseln des "Freundschaftsvertrages" vom Jahre 1948 in Anspruch zu nehmen.

### Hilfe für Kekkonen

Selbstverständlich hat man in den nordischen Ländern schon damals das russische Trommelfeuer als Manöver mit gezieltem Zweck erkannt, nämlich den Zweck, vor den Präsidentenwahlen Kekkonen Hilfe zu leisten und vor allem seinen von den Oppositionsparteien nominierten Gegenkandidaten, Justizkanzler Olavi Honkka aus dem Felde zu schlagen. Alles ist ja auch so gekommen. Unter dem Eindruck der von Moskau erzeugten außenpolitischen Krise fühlten die Oppositionsparteien sich außerstande, die Kandidatur Honkkas aufrecht zu erhalten.

Die genaue und in der Tat an sich keineswegs überraschende Bestätigung dieser Vermutung liefert der Artikel J. Iljunskijs, der aber für die Finnen wie ein Schlag vor dem Kopf gekommen ist. In politischen Kreisen Helsinkis, vor allem innerhalb der Agrarpartei Kekkonens, ist man sehr peinlich berührt, weil der Iljunskij-Bericht in schroffem Gegen-

satz zu den vielen feierlichen sowjetischen Beteuerungen steht, Moskau mische sich keineswegs und niemals in die Angelegenheiten des Nachbarlandes ein. Auch der Ton des Berichts wirkt beleidigend. So heißt es beispielsweise, wer diese Einmischung bedauere, giesse nur Krokodillentränen aus.

Während in der finnischen Presse eine lebhafte Debatte über den russischen Zeitschriftenbericht geführt wird, untersuchen politische Kreise das eigentliche Ziel des Iljinskij-Artikels. In dem Bericht werden neue Anklagen gegen die finnische Sozialdemokratie erhoben und, so absurd es klingt, ein Mann wie der Reichstagspräsident a. D. Karl August Fagerholm als "Saboteur gegen die finnisch-sowjetische Freundschaft" getrandmarkt. Moskau will offensichtlich den für Mitte Juni einberufenen sozialdemokratischen Parteitag unter Druck setzen. Der Parteivorsitzende Väinö Tanner wird bei dieser Gelegenheit sein Amt niederlegen und sich aus der aktiven Politik zurückziehen. Für Moskau war Tanner immer ein Angriffsziel. Die Russen müßten deshalb froh sein, daß der 83jährige Tanner, dessen geschichtlicher Einsatz für die finnische Arbeiterbewegung unbestreitbar ist, nunmehr aus dem Schußfeld geht. Das Trommelfeuer gegen Fagerholm kann nur die Absicht haben, auch jeden anderen sozialdemokratischen Parteiführer schon im voraus "anzuprangern", damit der Eindruck bestehen bleibt, auch nach dem Abgang Tanners wird eine Wiederaufnahme der "rot-grünen Koalition" (die ehemalige Regierungszusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und der Agrarpartei) von Moskau als sowjetfeindlich verurteilt.

#### Trübes Zusammenspiel

Der Verdacht, daß es sich so verhält, wird von einer gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Kampagne, in "Maakansa", dem Hauptorgan der Agrarpartei, verstärkt. "Maakansa" behauptet, egal wer als neuer Parteivorsitzender im Juni gewählt wird, würden Tanner und der ehemalige Parteisekretär Leskinen die Außenpolitik der finnischen Sozialdemokraten weiterhin von außen her steuern.

Schon in ihrem sogenannten "Märzmanifest" haben die Agrarier den Sozialdemokraten den uneingeschränkten Kampf angesagt. Interessant und verstimmend ist dabei, daß der von mehreren informierten Beobachter in Helsinki geäußerte Gedanke, sowohl die "Noten-Krise" wie auch die neue Angriffswelle gegen die finnischen Sozialdemokraten seien ein zwischen Moskau und gewissen Kreisen der Agrarpartei abgekartetes Spiel, durch die zeitliche und propagandistische Gegebenheit unterstützt wird.